



Sichere Zwischennutzungen gestalten. Ein Überblick über das Wissen aus der Praxis



Dr. des. Thomas Betschart
Dr. Jonas Hagmann

August 2025



Mehr über das Forschungsprojekt
«Safeguarding Interim Spaces»
auf der Website des Kantons Basel-
Stadt

Dieser Bericht bündelt aktuelles Praxiswissen zur urbanen Sicherheit in zwischen genutzten städtischen Räumen. Im Rahmen des Forschungsprojekts *Safeguarding Urban Interim Spaces (2025–2027)* wurden zentrale Veröffentlichungen themenspezialisierter Organisationen analysiert und systematisch ausgewertet. Zwischennutzungen stellen besondere Anforderungen an Sicherheitskonzepte, da sie von temporärer Verwendung, unklaren Zuständigkeiten und regulatorischen Unschärfen gekennzeichnet werden. Untersucht wurde daher, wie Institutionen auf globaler, nationaler und lokaler Ebene Sicherheit in solchen Räumen definieren, gestalten und umsetzen.

Im Fokus stehen Akteure, die für den europäischen und schweizerischen Kontext relevant sind: supranationale Organisationen (z. B. UN-Habitat, OSZE, EFUS), nationale Netzwerke (u. a. DEFUS, FFSU, SACN, NNSC, SSV) sowie innovationsorientierte Plattformen (z. B. IcARUS, REFILL, ZORA, C40). Die Analyse zeigt ein fragmentiertes, aber dynamisch wachsendes Feld. Sicherheitsverständnisse reichen von kriminalpräventiven und überwachungsbasierten Konzepten bis hin zu breiteren Ansätzen, die Resilienz, Teilhabe und Gestaltung integrieren. Während manche Akteure operative Werkzeuge wie Sicherheitsaudits oder Risikoprofile anbieten, arbeiten andere mit Pilotprojekten, Beratung oder informellen Verfahren.

Nur wenige Organisationen adressieren Zwischennutzungen explizit – meist indirekt über zivilgesellschaftliche Beteiligung, informelle Steuerung oder partizipative Planung. Spezifisch zugeschnittene Sicherheitskonzepte für temporäre Stadträume fehlen bislang oft. Dennoch zeichnet sich eine Tendenz ab: Sicherheit wird zunehmend im Sinne von Inklusion, Anpassungsfähigkeit und geteilter Verantwortung verstanden, also weniger als technische Kontrolle, sondern als gesellschaftlicher Aushandlungsprozess.

Zugleich bestehen deutliche Umsetzungsdefizite. Empfehlungen variieren stark in Tiefe und Verbindlichkeit, ihre Wirkung wird selten systematisch evaluiert. Lokale Abhängigkeiten, rechtliche Unsicherheiten und institutionelle Silos erschweren eine übertragbare Anwendung.

Der Bericht schliesst mit dem Befund, dass Sicherheit in und um Zwischenutzungen klarere Rollenzuweisungen, verlässliche Instrumente und eine stärkere institutionelle Verankerung erfordert. Er liefert eine fundierte Orientierung für Fachpersonen, die sicherheitsbezogene Strategien in temporären urbanen Kontexten entwickeln oder anwenden möchten.

Dr. des. Thomas Betschart, Dr. Jonas Hagmann

Das Forschungsprojekt «Safeguarding urban Interim Spaces: Understanding the needs, Improving the practices» wurde von der Fondation Botnar (BAG-23-011) unterstützt. Das Projekt ist bei der Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt angesiedelt.

Inhaltsverzeichnis

1. Städtische Sicherheit in Zwischennutzungen	3
2. Institutionen und ihre zentralen Beiträge	5
2.1 Supranationale Netzwerke zur urbanen Sicherheit : UN-Habitat, OSZE und EFUS	5
2.2 Nationale Netzwerke zur Urbanen: DEFUS, FFSU, SACN, NNSC, SSV	8
2.3 Innovationsplattformen: Icarus, REFILL, C40, ZORA	10
3. Analyse der Praxisnetzwerke	13
4. Synthese und Ausblick	19
5. Quellen- und Literaturverzeichnis	21

1. Städtische Sicherheit in Zwischen- nutzungen

Zwischengenutzte urbane Räume entstehen häufig in vorübergehend ungenutzten Arealen – darunter brachliegende Grundstücke, ehemalige Industrieareale oder Liegenschaften im Übergang zu einer neuen Nutzung. In den vergangenen Jahren haben viele Städte das Potenzial dieser Räume erkannt: nicht nur als Orte kultureller oder sozialer Aktivierung, sondern auch als Werkzeuge einer adaptiven und iterativen Stadtentwicklung. Bei guter Steuerung können solche Räume kreative Nutzungen ermöglichen, soziale Präsenz stärken und untergenutzte Stadtbereiche reaktivieren (Tonkiss, 2013; Oswald, 2013; Dovey, 2014).

Mit ihrer zunehmenden Verbreitung nehmen jedoch auch sicherheitsbezogene Herausforderungen an und um städtischen Zwischennutzungen zu. Der temporäre Status solcher Räume führt häufig zu unklaren Zuständigkeiten und die Verantwortung für Sicherheit bleibt oft diffus. Probleme wie Vandalismus, Hausbesetzungen oder unbefugter Zugang treten insbesondere dort auf, wo die soziale oder administrative Aufsicht begrenzt ist. Solche Herausforderungen entstehen oftmals durch fragmentierte Verantwortlichkeiten zwischen Eigentümerinnen, Nutzerinnen und Behörden (Bürgin, o. D.; Bürgin, 2010). Obwohl viele dieser Projekte mit dem Anspruch der Inklusion auftreten, können sie bestehende Gemeinschaften verdrängen, prekäre Beteiligungsformen fördern und soziale Ungleichheiten durch kurzfristige, experimentelle Planungsstrategien festigen (Ferreri, 2021).

Gleichzeitig können temporäre Nutzungen auch zur öffentlichen Sicherheit beitragen: durch erhöhte Sichtbarkeit, informelle soziale Kontrolle und durch eine Stärkung sozialer Vertrauensverhältnisse. Im Unterschied zu dauerhaft etablierten Stadtteilen, die auf eingespielte Infrastrukturen und Planungsroutrinen zurückgreifen, erfordern solche Räume oftmals flexiblere Steuerungsansätze. Ihr provisorischer und improvisierter Charakter kann aber auch sicherheitsfördernd wirken, da niedrigschwellige Aneignungen und soziale Präsenz im Raum begünstigt werden. Auf der Kehrseite werden jedoch zugleich ein planvolles Risikomanagement erschwert. Madanipour (2018) beschreibt temporäre Nutzungen deshalb als doppeldeutig: Sie eröffnen Spielräume für Innovation, bringen aber neue Unsicherheiten bei Kontrolle, Schutz und Legitimität mit sich. Trotz wachsender Aufmerksamkeit für temporäre Stadtentwicklungen bleibt die sicherheitspolitische Dimension in Forschung und Praxis bislang äusserst marginal. Unbeantwortet bleibt, inwiefern sich Sicherheitsbedürfnisse in zwischengenutzten Räumen von formalisierten Stadtteilen unterscheiden, welche Strategien zur Verfügung stehen, um Risiken zu begegnen, und ebenfalls wer diese bereitstellt.

Der vorliegende Bericht ist Teil eines Forschungsprojekts, das in der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt verankert ist. Es läuft von 2025 bis 2027 und umfasst neben dieser Übersicht über institutionelles Praxiswissen auch empirische Fallstudien in der Schweiz und darüber hinaus. Ziel ist es, umsetzbare Strategien zu identifizieren, um Zwischennutzungen sicher, inklusiv und gemeinwohlorientiert zu gestalten.

Der Bericht beantwortet diese Fragen teilweise, indem er untersucht, wie zentrale Akteure und Netzwerke urbane Sicherheit im Kontext von Zwischennutzungen adressieren. Er stützt sich dabei auf institutionelle Berichte, operationale Toolkits und politische Leitlinien der einschlägigen globalen, nationalen und lokalen Organisationen. Ziel ist es dabei nicht, konkrete Projekte zu bewerten, sondern den Stand des verfügbaren Praxiswissens zu kartieren: Welche Orientierungshilfen bestehen, welche Werkzeuge werden angeboten und wie lassen sich diese auf temporäre oder flexible Räume anwenden?

Die hier vorgelegte Darstellung ist selektiv und konzentriert sich bewusst auf institutionelle Empfehlungen, die für das zugrundeliegende Projekt und damit den europäischen und schweizerischen Kontext relevant sind. Organisationen aus anderen Weltregionen, insbesondere aus Lateinamerika oder Asien, werden derzeit nicht berücksichtigt, obwohl sie für Vergleiche wertvolle Anknüpfungspunkte bieten könnten. Während die parallel entstandene wissenschaftliche Literaturübersicht theoretische Debatten und Forschungsbefunde reflektiert, ergänzt der vorliegende Bericht diese um eine politik- und praxisorientierte Perspektive. Der Bericht geht davon aus, dass sich aktuell ein neues Praxiswissen zur urbanen Sicherheit entwickelt, welches Länder und Regierungsübergreifend ist. Dieses Wissen beschränkt sich nicht auf technische Lösungen, sondern orientiert sich an gemeinsamen Werten wie Sicherheit, sozialer Teilhabe und der Stadt als Ort des Miteinanders. Gerade deshalb ist es wichtig, diese Werte und Strategien systematisch zu erfassen.

Der Bericht sammelt Erkenntnisse aus UN-Organisationen, europäischen Netzwerken, nationalen Foren und lokalen Governance-Initiativen, darunter auch Beispiele aus der Schweiz. Er zeigt auf, wie urbane Sicherheit auf unterschiedlichen Ebenen verstanden und gesteuert wird. Die folgenden Kapitel beschreiben zunächst das institutionelle Feld urbaner Sicherheit – von den internationalen Organisationen bis zur kommunalen Praxis. Anschliessend werden zentrale Steuerungsinstrumente, Spannungsfelder und Umsetzungslücken analysiert. Ziel des Berichts ist es, Städten eine kontextbewusste Orientierung zu bieten, wie Sicherheit in urbanen Zwischenräumen verstanden und gestaltet werden kann.

2. Institutionen und ihre zentralen Beiträge

In Europa und weltweit gestaltet eine wachsende Zahl von Organisationen – von UN-Organisationen über nationale Netzwerke bis hin zu experimentellen Stadtplattformen – zunehmend direkt, wie Sicherheit konzeptualisiert, gesteuert und implementiert wird. Diese Akteure unterscheiden sich nicht nur in ihrer institutionellen Verankerung und Mandat, sondern auch darin, wie sie Unsicherheit definieren, welche Werkzeuge sie entwickeln und wie sie sicherheitsbezogene Herausforderungen des Städtischen adressieren – einschliesslich jener in zwischengenutzten Räumen.

Dieses Kapitel liefert eine Übersicht über zentrale Institutionen, die im Feld der urbanen Sicherheitsgovernance aktiv sind, mit besonderem Fokus auf deren Relevanz für temporäre Nutzungskontexte. Die Akteure werden in drei überlappende Bereiche gegliedert: Supranationale Organisationen welche vermehrt normative Prinzipien und strategische Leitlinien formulieren; nationale und regionale Netzwerke, welche diese Konzepte in operationale Werkzeuge, Governance-Mechanismen und konkrete rechtliche Vorlagen übersetzen; sowie Innovationsplattformen und Design-Labore, welche adaptive Sicherheitsstrategien vor Ort, meist in Kooperation mit Städten und Gemeinschaften testen.

Ziel dieser Übersicht ist es, darzulegen, welches Praxiswissen die Organisationen vorantragen, welche Interventionsformen sie fördern und inwieweit ihre Instrumente für die konkreten Anforderungen zwischengenutzter Räume geeignet sind. Die Differenzierung entlang von Governance-Ebenen, thematischem Fokus und Werkzeuggestaltung bildet zugleich die Grundlage für die analytische Auswertung im nachfolgenden Kapitel 3.

2.1 Supranationale Netzwerke zur urbanen Sicherheit : UN-Habitat, OSZE und EFUS

Urbane Sicherheit hat in den letzten Jahren verstärkt Eingang in internationale politische Agenden gefunden. Supranationale Organisationen formulieren strategische Leitlinien, die nationale und lokale Governance-Strukturen prägen. Auch wenn diese Institutionen selten direkt umsetzbare Werkzeuge bereitstellen, beeinflussen sie wesentlich, wie Städte Sicherheit konzeptualisieren und auf urbane Risiken reagieren. Dieser Abschnitt analysiert drei zentrale Akteure: UN-Habitat, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS).

Eine zentrale Rolle auf globaler Ebene spielt UN-Habitat, das urbane Sicherheit als integralen Bestandteil nachhaltiger Entwicklung versteht. Die United Nations System-Wide Guidelines on Safer Cities and Human Settlements (2019) betonen Multi-Level-Governance und partizipative Planung, mit Fokus auf Prävention, räumliches Design und gesellschaftliche Teilhabe. Das Dokument wurde als normativer Bezugsrahmen für UN-Agenturen und lokale Regierungen entwickelt. Es formuliert Prinzipien wie Inklusion, Risikominimierung und eine partizipative Gestaltung von Sicherheit. Es folgt einer präventiven, menschenrechtsbasierten Logik, die Sicherheit nicht als repressives Ziel, sondern als Voraussetzung nachhaltiger Stadtentwicklung versteht. Zwar geht das Papier nicht explizit auf Zwischennutzungen oder temporäre Räume ein, doch seine Betonung adaptiver, ortsbezogener und inklusiver Strategien macht es für Kontexte relevant, in denen formale Steuerung begrenzt ist und Nutzungskonstellationen fluid bleiben. Diese Ansätze sind mit übergeordneten UN-Entwicklungszielen verknüpft und fördern Sicherheitsverständnisse, die stärker auf soziale Kohäsion denn Kontrolle setzen. Bereits frühere Arbeiten, etwa der umfassende Bericht Enhancing Urban Safety and Security (2007), identifizierten drei anhaltende Herausforderungen urbaner Sicherheit: Kriminalität und Gewalt, unsichere Besitzverhältnisse sowie Umweltgefahren.

Diese Risiken konzentrieren sich oft in marginalisierten oder sich wandelnden Stadträumen, also dort, wo die institutionelle Präsenz gering und eine staatliche Aufsicht fragmentiert ist. UN-Habitat empfiehlt hierfür planerische Lösungen, rechtebasierte Steuerung und inklusive Gestaltung des öffentlichen Raums. Obwohl solche Räume nicht explizit als „zwischen genutzt“ bezeichnet werden, lassen sich in den Empfehlungen konzeptionelle Anknüpfungspunkte erkennen, auch wenn diese weitgehend auf einer Makroebene formuliert und nur bedingt empirisch fundiert sind. Ein aktueller Bezugspunkt ist die UN-Resolution zu sicheren Städten und menschlichen Siedlungen (2023), die fünf Leitprinzipien benennt: lokale Führung, vertikale Koordination, Co-Governance, rechtebasiertes Sicherheitsdesign und ethische digitale Innovation. Diese Prinzipien sollen langfristige Planungs- und Infrastrukturentscheidungen leiten, bleiben aber in ihrer operationellen Ausgestaltung vage. Das Safer Cities Programme, bereits 1996 initiiert, übersetzte einige dieser Grundsätze in kommunale Pilotprojekte. Dazu gehörten etwa Massnahmen zur Gemeinwesenarbeit, bessere Beleuchtung, gemischt genutzte Quartiere oder Jugendbeteiligung. Obwohl das Programm nicht direkt auf Zwischennutzungen ausgerichtet war, wurden Städte ermutigt, Sicherheit mit städtischer Transformation zu verknüpfen – ein Zugang, der auch für Kontexte ohne formale Planungsgrundlage relevant sein kann (UN-Habitat, o. D.; 2007; 2019; 2023).

Im Unterschied dazu richtet die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ihren Fokus traditionell auf nationale und regionale Konfliktprävention, hat diesen jedoch schrittweise auf urbane Kontexte erweitert. Die Security

Days Conference on Inclusive and Sustainable Cities (2017) reflektierte das wachsende Bewusstsein dafür, dass Städte eigenständigen Governance-Akteure sind. Dennoch bleiben die Beiträge der OSZE vorwiegend deklarativ und normbildend. Die Publikationen betonen inklusive Verfahren, Koordination und Vertrauensbildung, liefern aber keine unmittelbar übertragbaren Sicherheitsinstrumente. Ihre Relevanz für zwischengenutzte Räume liegt vor allem in der grenzüberschreitenden Normbildung und weniger in konkreten Handlungsvorgaben (OSZE, 2017).

Eine stärker auf kommunale Praxis ausgerichtete Perspektive bietet das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS). Es unterstützt Städte und Regionen in Europa, indem es lokale Akteure mit europäischen Institutionen vernetzt und gemeinsame Sicherheitsrahmen fördert. Als Koordinator der Urban Agenda Partnership on Security in Public Spaces hat EFUS Empfehlungen mitgestaltet, die Partizipation, Prävention und Multi-Level-Kollaboration betonen. Das Manifest Security, Democracy and Cities – erstmals 2017 veröffentlicht und 2021 überarbeitet – plädiert ebenfalls für ein partizipativ produziertes Modell urbaner Sicherheit, das auf Prävention statt Repression setzt. Es verknüpft Sicherheitsfragen mit Gestaltung öffentlicher Räume, Antidiskriminierung und einer Polizeiarbeit die auf das Gemeinwesen ausgerichtet ist (EFUS, 2021a–e). EFUS fördert den Vertrauensaufbau zwischen Anwohnenden, Polizei und Planenden und unterstützt Instrumente wie Sicherheitsaudits oder gemeinsame Risikoanalysen. Diese Ressourcen zirkulieren jedoch häufig nur innerhalb des EFUS-Mitgliedsnetzwerks und sind somit nicht weiter öffentlich zugänglich. Weiter sind viele operative Werkzeuge in lokale Projekte oder Austauschformate eingebettet und erfordern kontextbezogene Anpassungen.

Insgesamt bieten die hier vorgestellten supranationalen Organisationen eine erste Orientierung für Städte, die mit Sicherheitsfragen in zwischengenutzten Räumen konfrontiert sind. Die Leitlinien betonen Prävention, Inklusion und Beteiligung der Öffentlichkeit – Prinzipien, die sich gut mit den Steuerungsbedürfnissen vieler Zwischennutzungen verbinden lassen. Auch das Verständnis von Sicherheit wird breit gefasst: Es wird mit Themen wie sozialem Zusammenhalt, räumlichem Zugang für alle und städtischer Resilienz, sowie Nachhaltigkeit verknüpft.

Die praktische Umsetzung der vorgegebenen Normen bleibt jedoch eine zentrale Schwäche. Die Empfehlungen internationaler Akteure wie UN-Habitat oder EFUS sind häufig stark normativ ausgerichtet und bieten wenig konkrete Anleitung für die operative Umsetzung in fragmentierten oder temporären Stadträumen. Hinzu kommen Zugangshürden und institutionelle Voraussetzungen, die insbesondere kleineren Städten oder informellen Akteuren den Zugang erschweren und die praktische Reichweite dieser Leitlinien begrenzen. Daraus ergibt sich die zentrale Rolle nationaler und lokaler Netzwerke – sie stehen im Mittelpunkt des nächsten Abschnitts.

2.2 Nationale Netzwerke zur Urbanen Sicherheit: DEFUS, FFSU, SACN, NNSC, SSV

Nationale Netzwerke zur urbanen Sicherheit orientieren sich häufig an supranationalen Leitlinien. Sie entwickeln jedoch kontextspezifische Instrumente, die stärker an lokalen Bedürfnissen orientiert und in bestehende Verwaltungsstrukturen verankert sind. Dieser Abschnitt untersucht, wie verschiedene nationale und regionale Akteure urbane Sicherheit verstehen und umschreiben. Er untersucht zudem, inwieweit sich ihre dargelegten Ansätze auf zwischengenutzte Stadträume übertragen lassen.

Das Deutsche Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS), die deutsche Sektion des EFUS, hat Werkzeuge entwickelt, die Städte bei der Umsetzung präventiver Sicherheitsstrategien unterstützen. Ein zentrales Instrument ist der DEFUS-Monitor, eine standardisierte aber modulare Methodik, die Befragungen, Begehungen und partizipative Risikoanalysen verbindet, um subjektive Unsicherheiten im öffentlichen Raum sichtbar zu machen (DEFUS, 2016). Anhand des DEFUS-Monitors können Städte interventionsbezogene Prioritäten auf Grundlage lokaler Wahrnehmungen ableiten, ohne auf Vergleichbarkeit zwischen Standorten zu verzichten. Für zwischengenutzte Räume ist das Instrument insofern anschlussfähig, als es auch dort einsetzbar ist, wo formale Infrastrukturen fehlen oder sich räumliche Bedingungen rasch verändern. Ergänzt wird das Instrumentarium durch Peer-Learning-Veranstaltungen und Kooperationsplattformen, die den praxisorientierten Erfahrungsaustausch zwischen Städten und Gemeinden erleichtern.

Auch der Deutsche Präventionstag (DPT) spielt in Deutschland als Plattform für den bundesweiten Wissenstransfer eine Rolle. Zwar liegt der Fokus nicht explizit auf urbaner Sicherheit, doch bietet der DPT Raum für den Austausch zwischen Städten, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über praktische Planungsstrategien. Einzelne Kongressbeiträge oder Publikationen widmen sich temporären Nutzungskontexten oder quartiersbezogenen Interventionen und liefern ergänzendes Praxiswissen.

Das Forum Français pour la Sécurité Urbaine (FFSU) ist die nationale Sektion Frankreichs von EFUS. Es setzt auf die strukturelle Integration von Sicherheit in kommunalen Verwaltungsroutinen. Mit dem Modell der Contrats Locaux de Sécurité et de Prévention de la Délinquance (CLSPD) propagiert FFSU eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Kommunen, sozialen Diensten und Zivilgesellschaft. Ergänzt werden diese Verträge durch rechtliche Leitlinien, Diagnostiktools und Schulungsangebote, mit dem Ziel, Sicherheitsbelange systematisch in bestehende Planungsprozesse einzubetten (FFSU, o. D.). Ein solcher formalisierter Ansatz kann dort als Orientierung dienen, wo Zwischennutzungen auf unklare Zuständigkeiten und fehlende rechtliche Grundlagen treffen. Er setzt jedoch stabile Verwaltungsstrukturen und ausreichende personelle Ressourcen voraus –

Bedingungen, die in flexiblen oder provisorischen Nutzungskontexten nicht immer gegeben sind.

In Südafrika verfolgt das South African Cities Network (SACN) einen strategischen Zugang, um die hohe Gewaltbelastung in Städten durch langfristige Planung und koordinierte Politikgestaltung anzugehen. Anstelle einzelner Werkzeuge bietet SACN umfassende Strategien, die auf empirischen Langzeitdaten basieren und praxisorientierte Ressourcen bereitstellen. Diese sollen institutionelle Kapazitäten stärken und Zuständigkeiten zwischen staatlichen und lokalen Akteuren klären (SACN, o. D.; 2024). Der evidenzbasierte Ansatz zielt darauf ab, Sicherheitsaspekte systematisch in die Stadtentwicklung zu integrieren. Besonders betont wird dabei eine sektorenübergreifende Koordination sowie flexible Steuerungsmechanismen – gerade in Kontexten, in denen informelle Siedlungen, Infrastrukturdefizite oder Versorgungslücken klassische Sicherheitsmodelle an ihre Grenzen bringen. Damit ergeben sich gewisse Anknüpfungspunkte zur Realität zwischengenutzter Räume. Gleichwohl hängt die Umsetzung solcher Strategien stark von politischem Willen und institutioneller Umsetzungskraft auf lokaler Ebene ab.

In den Vereinigten Staaten ist die urbane Sicherheits-Governance weniger zentralisiert. Das National Network for Safe Communities (NNSC) am John Jay College verfolgt einen praxisnahen Ansatz. Das Modell der Group Violence Intervention (GVI) basiert auf ortsbezogenen Strategien, die gemeinsam mit Akteuren der Kommune, Polizei und sozialen Diensten entwickelt werden (NNSC, 2016; 2017). Die Interventionen richten sich gezielt an Mikroräume, wobei Massnahmen flexibel an sich verändernde lokale Dynamiken angepasst werden. Der Ansatz ist stark umsetzungsorientiert und weniger auf Replizierbarkeit ausgerichtet, was ihn besonders relevant macht für Zwischennutzungen, die ohne formale Steuerung auskommen und flexible Abstimmungen erfordern.

In der Schweiz wurde mit dem Bericht Sichere Schweizer Städte 2025, entwickelt vom Schweizerischen Städteverband (SSV) und der Beratungsfirma Ernst Basler Partner (EBP), ein strategischer Rahmen für urbane Sicherheit geschaffen, der auf der Zusammenarbeit mit 33 Städten basiert. Das Konzept baut auf sektorenübergreifender Integration, Szenarienplanung und risikobasierter Profilbildung auf (SSV & EBP, 2013). Es adressiert sowohl physische Infrastruktur als auch soziale Problemlagen, wie etwa Jugendgewalt, Vandalismus oder subjektiv empfundene Unsicherheit und Unordnung. Methodische Templates ermöglichen eine kommunale Selbstbewertung, stehen aber klar im Dienst einer strategischen Gesamtausrichtung und sind weniger auf eine detaillierte Umsetzung fokussiert. Der Rahmen ist konzeptionell anschlussfähig, setzt aber eine konstante Beteiligung der öffentlichen Verwaltung voraus.

In ihrer Gesamtheit zeigen diese nationalen Leitlinien auf, wie städtische Sicherheit in unterschiedlichen Governance-Kontexten gestaltet und operationalisiert

wird. Strukturelle Instrumente wie der DEFUS-Monitor oder die Risikoprofile des SSV setzen stabile institutionelle Kontexte, langfristige Koordination und formale Planungsprozesse voraus. Im Gegensatz dazu agieren Netzwerke wie NNSC oder SACN in stärker fragmentierten Umfeldern und betonen Flexibilität, lokale Anpassung und informelle Zusammenarbeit. Für zwischengenutzte Räume – in denen Planung häufig improvisiert, rechtliche Klarheit begrenzt und Nutzergruppen dynamisch sind – bergen beide Modelle Herausforderungen: Strukturierte Ansätze sind mitunter zu starr, adaptive Zugänge hingegen nur schwer zu evaluieren oder dauerhaft zu verankern.

2.3 Innovationsplattformen: Icarus, REFILL, C40, ZORA

Neben supranationalen Leitlinien und nationalen Sicherheitsnetzwerken agiert eine dritte Gruppe von Akteuren an der Schnittstelle von Praxis, Experiment und Politikumsetzung. Diese Innovationsplattformen, hervorgegangen aus EU-Projekten, Forschungskonsortien, klimaaktivistischen Netzwerken oder Designkollektiven, zeichnen sich durch partizipative Ansätze und lokal eingebettete Massnahmen aus. Dieses Kapitel beleuchtet vier solcher Plattformen: IcARUS, REFILL, C40 Cities und das Schweizer Zentrum öffentlicher Raum (ZORA). Alle eint das Ziel, Werkzeuge zur Bewältigung städtischer Risiken zu entwickeln, zu erproben und weiterzugeben.

Sie demonstrieren, wie Sicherheit neu gedacht werden kann – durch Ansätze von Design, taktische Interventionen und kooperative Planung. Im Vergleich zu nationalen oder supranationalen Akteuren arbeiten diese praxisnäher, stärker im jeweiligen Kontext eingebettet und mit flexiblen Methoden. Trotz unterschiedlicher Herangehensweisen verfolgen sie das gemeinsame Ziel, normative Konzepte in konkrete Handlungsmöglichkeiten zu überführen.

Das EU-finanzierte Konsortium IcARUS (Innovative Approaches to Urban Security) wird seit 2020 von EFUS koordiniert und vereint sechs europäische Städte – Lissabon, Nizza, Riga, Rotterdam, Stuttgart und Turin – mit dem Ziel, bestehendes Wissen zur urbanen Sicherheit in die Praxis zu überführen. IcARUS fördert sektorenübergreifendes Lernen und lokale Anpassung. Der Fokus ist operativ: In Rotterdam verband eine Intervention zur temporären Nutzung eines Industrieareals räumliche Neugestaltung mit sozialer Arbeit während in Stuttgart ein Sicherheitsnetzwerk im öffentlichen Raum gemeinsam mit Jugendlichen gestaltet wurde (IcARUS, o. D.-a). Die entwickelten Werkzeuge entstehen in Kooperation mit der Verwaltung, der Zivilgesellschaft und Polizei. Die Projektplattform Inventory of Practices dokumentiert diese Beispiele als frei zugängliche Ressource und stellt sie Kommunen zur Anpassung und Weiterverwendung zur Verfügung (IcARUS, o. D.-b).

Auch das Netzwerk C40 Cities, welches ursprünglich auf Klimapolitik fokussiert war, leistet über die Aktivierung untergenutzter Räume einen sicherheitsbezogenen Beitrag. Das Tactical Urbanism Toolkit (2020) und der Leitfaden How to enable temporary use to activate your city (2021) zeigen, wie kurzfristige Massnahmen wie etwa Pop-up-Parks, mobile Märkte oder Nachbarschaftsprojekte die soziale Kohäsion stärken und Aspekte subjektiver Sicherheit verbessern können (C40 Cities, 2020; 2021). Zwischennutzungen und die Bespielung von Brachflächen werden hier explizit als Instrument gegen städtische Risiken und Unsicherheiten verstanden. Der Ansatz umfasst mehrere Phasen: Planung, Umsetzung, Monitoring und Anpassung. Im Fokus stehen inklusive Beteiligung und lernorientierte Umsetzungen. Zwar liegt der konzeptionelle Schwerpunkt eher auf Themen wie städtischer Resilienz als auf Sicherheit, doch stärken die Interventionen auch Prinzipien situativer Kriminalprävention, wie etwa durch soziale Präsenz oder informelle Aufsicht. Die Toolkits stellen keine umfassenden Sicherheitsrahmen dar, bieten jedoch konkrete Umsetzungshilfen für dynamische, öffentliche Räume. Der Knowledge Hub von C40 bietet Zugang zu internationalen Fallbeispielen, etwa aus dem kanadischen Vancouver und verweist auf Partnerinitiativen mit erfolgreicher Zwischennutzungspraxis.

Das Netzwerk REFILL, Teil des URBACT-III-Programms (2015–2018), vernetzte europäische Städte, welche die temporäre Nutzung von Leerständen erprobten. Unter Leitung der Stadt Gent beteiligten sich u. a. Bremen, Riga, Helsinki und Nantes. Ziel war es, Zwischennutzungen nicht nur als Ausnahme, sondern als strategischen Governance-Ansatz in der Stadtentwicklung zu etablieren. Die Plattform bot rechtliche und administrative Hilfestellung für Städte, die temporäre Nutzungen in ihre Planungen integrieren wollten, jedoch Wert auf die Beibehaltung der kommunalen Steuerung legten (URBACT, 2018). Die begleitende URBACT Toolbox enthält Templates, Beteiligungsinstrumente, rechtliche Hinweise und Videoformate. Auch wenn Sicherheit nicht im Zentrum steht, adressieren Tools wie das Stakeholder-Ökosystem oder das Kohärenz-Checkinstrument implizit sicherheitsrelevante Themen wie soziale Kontrolle und Aufsicht.

Das Schweizer Zentrum öffentlicher Raum (ZORA) bietet einen lokal verankerten, partizipationsorientierten Zugang. ZORA arbeitet auf Quartiersebene und stellt die Einbindung lokaler Akteure ins Zentrum sicherheitsbezogener Planung. Die Broschüre Partizipation im öffentlichen Raum (2008) bietet Methoden zur Beteiligung der Bevölkerung an der Gestaltung des Wohnumfelds und versteht diese Interventionen als Grundlage für tragfähige Sicherheitsstrategien (ZORA, 2008). Das gemeinsam mit der britischen Agentur CABE entwickelte Spaceshaper-Toolkit stellt ein Bewertungsinstrument zur Verfügung, das auf Workshops, Raumanalysen und Nutzerfeedback basiert (ZORA, 2009). Auch wenn der offizielle Zugang heute eingeschränkt ist, wird es weiterhin in schweizer und deutschen Städten genutzt. Der Bericht Open Space: An Asset Without a Champion? (2011) greift ein

zentrales Thema für Zwischennutzungen auf: unklare Zuständigkeiten und fragmentierte Verantwortung. ZORA fordert eine kooperative Steuerung unter Einbezug von Verwaltung, Zivilgesellschaft und Eigentümerinnen, um nachhaltige Verantwortung für offene Räume zu ermöglichen. Im Vergleich zu Plattformen wie EFUS oder DEFUS liegt der Schwerpunkt weniger auf Kriminalprävention, sondern auf sozialen, gestalterischen und prozessbezogenen Dimensionen urbaner Sicherheit. Somit ist die Plattform besonders relevant für Zwischennutzungen.

Auch der Kanton Basel-Stadt hat in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband ein praxisorientiertes Rahmenkonzept zur urbanen Sicherheit vorgelegt. Die von EBP erarbeitete Studie Sicherheit öffentlicher Räume am Beispiel des Kantons Basel-Stadt (EBP, 2018) basiert auf Interviews, Workshops und Fallanalysen und legt einen besonderen Fokus auf die strategische Steuerung sicherheitsrelevanter Massnahmen im öffentlichen Raum. Vorgestellt werden über 75 konkrete Handlungsmöglichkeiten, gegliedert nach Zielgruppen, räumlichen Situationen und Problemtypen. Der Ansatz betont die Notwendigkeit einer integrierten Herangehensweise, die subjektive Wahrnehmung, digitale Beteiligung, Department-übergreifende Koordination und Monitoring gleichermassen berücksichtigt. Für zwischengenutzte Räume ist das Konzept anschlussfähig, da es sowohl provisorische Nutzungssituationen als auch Koordinationsdefizite aufgreift und praktische Ansätze für adaptive Sicherheitsstrategien liefert.

In der Gesamtschau erweitern diese Plattformen das verfügbare Repertoire an Konzepten und Werkzeugen zur Konzeption und Implementierung von Sicherheitsstrategien in Zwischennutzungen: IcARUS übersetzt Expertise dieses Bereiches in partizipative Interventionen, dokumentiert im frei zugänglichen Praxisinventar. C40 Cities stärkt subjektives Sicherheitsempfinden durch Aktivierung des Raums und stellt strukturierte Toolkits bereit. REFILL etabliert Zwischennutzungen als Planungsstrategie und liefert Werkzeuge für inklusive, adaptive Planung. ZORA bietet lokal erprobte Workshops und Methoden für die Förderung partizipativer Gestaltung und sozialer Kohäsion. Trotz ihrer unterschiedlichen Herkunft teilen sie gemeinsame Prinzipien: Lernen durch Pilotierung, Einbezug von Anspruchsgruppen und kontextsensible Umsetzung. Ihre langfristige Wirkung hängt jedoch davon ab, inwieweit diese Praktiken in formale Planungsprozesse überführt werden können – insbesondere in Städten mit unklaren Zuständigkeiten, begrenzten Ressourcen oder dort wo städtische Transformationsprozesse anhand von Zielkonflikten umstritten sind.

3. Analyse der Praxisnetzwerke

Aufbauend auf der institutionellen Kartierung in Kapitel 2 liefert dieses Kapitel eine strukturierte Vergleichsanalyse dazu, wie ausgewählte Organisationen urbane Sicherheit verstehen und in temporären Nutzungskontexten bearbeiten. Die Grundlage bildet eine systematische Auswertung von sechzehn Institutionen entlang zentraler analytischer Dimensionen: darunter das Sicherheitsverständnis, die Adressierung spezifischer Unsicherheiten, die Zugänglichkeit und Form der Ergebnisse, der räumliche Fokus, die empirische Fundierung sowie die praktische Relevanz für zwischengenutzte urbane Räume.

Institution	Verankerung	Sicherheitsdimensionen	Zugänglichkeit	Räumlicher Fokus	Empirie	Allgemeine Sicherheitsstrategie	Relevanz für Zwischennutzungen	Quelle
UN-Habitat – Safer Cities Programme	In UN-Habitat-Leitlinien integriert; genutzt in Sicherheitsaudits und globalen Richtlinien.	Sozial, räumlich	Öffentlich	Allgemeine städtische Räume – nicht spezifisch	Erfahrungsbasierte Umsetzung in mehreren Städten, ergänzt durch Praktiker-Berichte und partizipative Bewertungen. Praxisbasiert, mit Fallbeispielen.	Befürwortet ganzheitliche, menschenrechtliche Sicherheitsstrategien auf Basis inklusiver Governance, Stadtplanung und Datenverwendung.	Partizipative Sicherheitsaudits, Gestaltungsinterventionen (Beleuchtung, Zugänglichkeit) und Governance-Tools können übernommen werden.	https://unhabitat.org
UN-Habitat – Enhancing Urban Safety and Security Report	Zitiert in globalen UN-Rahmenwerken; beeinflusst nationale Sicherheits- und Katastrophenstrategien.	Kriminalität, räumlich	Öffentlich	Allgemeine urbane Räume – Fokus auf Kriminalität und Unsicherheit; nicht nutzungsspezifisch	Synthese globaler Politikforschung mit empirischen Referenzen aus UN-Datenbanken. Konzeptuell mit Beispielen.	Identifiziert Kriminalität, unsichere Besitzverhältnisse und Katastrophen als zentrale Risiken; fördert Prävention durch Design und soziale Inklusion.	Temporäre Nutzungen können über responsive Design und inklusive Governance zur lokalen Resilienz beitragen.	https://unhabitat.org
Her City Toolbox (UN-Habitat)	In jugendzentrierter Stadtplanung genutzt; angepasst in partizipativen Projekten vor Ort.	Geschlechtsspezifisch, jugendbezogen	Öffentlich	Jugendorientierte öffentliche Räume – implizit übertragbar auf transitorische Räume	Praxisbasierte, co-entwickelte Tools aus jugendgeleiteten Design-Workshops. Erprobt, aber begrenzt evaluiert.	Fördert gender-sensible, partizipative Stadtplanung mit konkreten Sicherheitstools.	Methoden wie Walkshops und Mapping-Tools können zur Erhöhung von Sicherheit und Inklusivität in temporären Räumen eingesetzt werden.	https://unhabitat.org/her-city-toolbox
Building Urban Safety Through Slum Upgrading (UN-Habitat)	Eingesetzt in informellen Siedlungsprogrammen; beeinflusst Sicherheits- und Besitzstrategien.	Sozial, räumlich	Öffentlich	Informelle Siedlungen – explizit adressiert	Empirische Fallstudien und Feldprogramme mit Fokus auf gemeinschaftsbasierte Prozesse	Fördert Planung, Besitzsicherheit und Beteiligung zur Reduktion von Unsicherheiten	Prinzipien wie gemeinschaftsgeleitete Aufwertung und informelle Governance sind übertragbar.	https://unhabitat.org
European Forum for Urban Security (EFUS)	Berät EU-Politik; Manifest wird in kommunaler Planung genutzt	Sozial, räumlich	Gemischt (v.a. für Mitglieder)	Öffentliche Räume – allgemein	Pilotprojekte, lokale Audits, erfahrungsbasiert; teils wissenschaftlich begleitet.	Ko-produktive Strategien mit Fokus auf Prävention, Teilhabe, Demokratie.	Zwischennutzungen als Testfeld für partizipative Sicherheitsansätze	https://www.efus.eu

ICARUS Project (EU)	Umgesetzt in Städten, Tools in Planung integriert.	Sozial, räumlich	Gemischt	Transitorische, untergenutzte Räume – explizit	Empirische Pilotstudien, designbasiert, anwendungsorientiert	Verbindet Design-Thinking und Co-Produktion zur Entwicklung innovativer Tools	Youth Labs, Apps und Beteiligungsverfahren skalierbar auf flexible Räume.	https://www.icarus-innovation.eu
Forum Français pour la Sécurité Urbaine (FFSU)	In französisches Recht integriert; Tools in Verträgen verankert.	Sozial, räumlich	Gemischt	Kommunale Räume – allgemeiner Fokus	Basierend auf kommunaler Praxis, mit Tools und Schulungen.	Strukturiert Sicherheit über lokale Verträge (CLSPD) und kommunale Steuerung.	Institutionalisierung über Präventionsverträge möglich.	https://www.fffusu.org
DEFUS (Deutsches Forum für Urbane Sicherheit)	Nutzung durch deutsche Kommunen; im Präventionssystem verankert.	Sozial, räumlich	gemischt	Kommunale- öffentliche Räume	Strukturierte Tools (z. B. Monitor), Befragungen, Workshops	Messung subjektiver Sicherheit und partizipative Interventionen	Adaptierbar auf temporäre Räume via Befragung, Walks, Beteiligung.	https://www.defus.de
NNSC (US National Network for Safe Communities)	Teil kommunaler Sicherheitsstrategien; Einfluss auf Polizei-Community-Protokolle.	Kriminalität, Gewalt	Gemischt	Hochrisiko-Orte; vor allem kleinräumig	Wissenschaftlich evaluiert, evidenzbasiert	Reduziert Gewalt durch Abschreckung, Vertrauen, Engagement.	Ansätze auf wenig geregelte Übergangsräume übertragbar.	https://nnsco.comunities.org
SACN (South African Cities Network)	In Stadtstrategien verankert; mit Stadtentwicklungsplanung verbunden.	Sozial, räumlich, institutionell	Gemischt	Informelle, institutionell schwache Räume	Langzeitindikatoren, Stadtberichte, Monitoring.	Kooperative Sicherheitsgovernance durch Indikatoren und Koordination.	Risiken in institutionell schwachen Übergangsräumen explizit adressiert.	https://www.sacities.net
Deutscher Präventionstag	Beiträge in Planung aufgenommen; Wissenstransfer durch Konferenzen.	Sozial, räumlich	Gemischt	Diverse urbane Kontexte; nicht spezifisch	Erfahrungsbasiert; teils systematisiert.	Verbreitet Präventionsansätze mit räumlichem und sozialem Fokus.	Pilotprojekte liefern Hinweise für sichere Zwischennutzungen.	www.praeventionstag.de
Schweizerischer Städteverband (SSV)	Referenz in Stadtpolitik; in Schulungen und Koordination genutzt.	Sozial, räumlich	Öffentlich	Öffentliche Räume in CH-Städten; auch temporäre erwähnt.	Szenarien, Strategiepläne, Expertenkonsultation.	Integrierte Sicherheitsplanung und Risikoanalysen über 33 Städte.	Risikoanalysen und Szenarien helfen bei Zwischennutzungssteuerung.	https://www.staedteverband.ch

C40 Cities / C40 Knowledge Hub	Ressourcen fliessen in Stadtplanung; Anpassung temporärer Nutzung.	Sozial, räumlich	Öffentlich	Untergenutzte öffentliche Räume – explizit	Fallstudien, Strategien; illustrativ.	Aktivierung leerer Räume über temporäre Nutzung als Resilienzstrategie.	Taktischer Urbanismus stärkt Sicherheit und soziale Kohäsion.	https://www.c40.org
REFILL (UR-BACT III)	Einfluss auf UR-BACT und lokale Planungsreformen (z. B. Gent).	Sozial, räumlich	Öffentlich	Leerräume – explizit	Städteustausch, lokale Experimente; qualitativ.	Institutionalisiert Zwischennutzung zur Förderung von Teilhabe.	Zeigt, wie Zwischennutzung planerisch verankert werden kann.	https://urbact.eu/networks/refill
Zentrum Öffentlicher Raum (ZORA)	Einsatz in CH-Kommunen; integriert in partizipative Formate.	Sozial, räumlich	Öffentlich	Transitorische, unregulierte Räume – explizit	Qualitative Audits, gemeinschaftsbasierte Tools; fragmentiert dokumentiert.	Stärkt Beteiligung, gemeinsame Verantwortung, lokale Governance.	Tools wie Spaceshaper zur Bewertung und Aktivierung nutzbar.	https://www.zora-cep.ch
Kanton Basel-Stadt	In Planungsinstrumente integriert; städtisch genutzt.	Sozial, räumlich	Öffentlich	Kommunale transitorische Räume – explizit einbezogen	Planungsrahmen und Stakeholder-Prozesse; lokal angewandt.	Balanciert Planung, Aufsicht, Beteiligung und Pflege in diversen Kontexten.	Sicherheitsstandards für Zwischennutzungen institutionell eingebettet.	Kanton Basel-Stadt & EBP Schweiz AG. (2018). Sicherheit öffentlicher Räume.

Diese vergleichende Übersicht legt inhaltliche und methodische Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Lücken und Spannungsfelder offen. Die Institutionen unterscheiden sich deutlich in ihrer Konzeptualisierung von urbaner Sicherheit. Einige orientieren sich an eng gefassten Verständnissen, etwa mit Fokus auf Kriminalitätsvermeidung, Überwachung oder physischer Sicherheitsinfrastruktur. Andere verfolgen breitere Ansätze, in denen soziale Kohäsion, räumliche Qualität oder ökologische Resilienz eine zentrale Rolle spielen. Diese Unterschiede verlaufen teilweise entlang der institutionellen Ebenen: Supranationale Akteure wie UN-Habitat, EFUS oder die OSZE fördern eher strategische Leitbilder, partizipative Governance und rechthebasierte Ansätze, ohne jedoch konkrete Werkzeuge für die Umsetzung bereitzustellen. Nationale und kommunale Netzwerke, wie DEFUS, FFSU oder SSV, produzieren vermehrt operationale Instrumente wie Sicherheitsaudits, rechtliche Vorlagen oder planerische Modelle, die an lokale Anforderungen angepasst sind. Auch innerhalb dieser Gruppen reicht das Spektrum von stark formalisierten Verfahren bis hin zu explorativen Pilotprojekten.

Die Adressierung unterschiedlicher Unsicherheiten erfolgt ebenfalls uneinheitlich. Zwar erkennen nahezu alle Institutionen soziale Risiken wie Ausgrenzung, Misstrauen oder nachbarschaftliche Konflikte an – technische und infrastrukturelle Gefahren hingegen werden seltener systematisch behandelt. Themen wie Beleuchtung, Brandschutz, Zugänglichkeit oder baulicher Verfall tauchen nur punktuell auf und sind kaum zentraler Bestandteil der erwähnten Leitlinien. Klima- und umweltbezogene Risiken werden vor allem dort thematisiert, wo Zwischennutzung mit Resilienzstrategien verknüpft wird, wie etwa bei C40 Cities oder bestimmten Ansätzen von UN-Habitat. Gerade in temporären urbanen Räumen, in denen multiple Risiken überlagert auftreten und sich dynamisch verändern, können solche Lücken die Wirksamkeit institutioneller Sicherheitsstrategien erheblich einschränken.

Auch im Hinblick auf die Verankerung in politisch-administrativen Entscheidungsprozessen zeigen sich deutliche Unterschiede. Einige Akteure pflegen enge Beziehungen zu Städten und verankern ihre Instrumente in regulären Planungszyklen, wie etwa DEFUS mit dem Sicherheitsmonitor, FFSU mit lokalvertraglicher Sicherheitspraxis oder EFUS über gemeinsam formulierte Leitbilder. Andere bleiben beratend oder strategisch positioniert; ihre Outputs bestehen aus Konzeptpapieren, Leitlinien oder Pilotprojekten, deren Umsetzung stark von lokalen Einzelpersonen, Förderzyklen oder externen Beraterinnen und Beratern abhängt. Die institutionelle Einbettung solcher Rahmenwerke ist damit ortsabhängig und ihre Wirkung häufig auf die Projektlaufzeit begrenzt.

Ein weiteres Spannungsfeld betrifft die Wissensproduktion und empirische Fundierung. Einige Institutionen verfügen über offene Plattformen, strukturierte Toolkits oder vergleichende Analysen. Andere stellen interne Leitfäden bereit oder publizieren Ergebnisse ohne methodische Offenlegung. Häufig stützt sich das em-

pirische Fundament auf Erfahrungswissen, auf Einzelfälle oder auf Rückmeldungen aus der Praxis. Formale Evaluationen oder Wirkungsstudien sind selten. Wo sie existieren, sind sie meist qualitativ ausgerichtet wie etwa auf partizipative Verfahren oder Selbsteinschätzungen. Vergleichende Benchmarking-Ansätze, langfristige Begleitstudien oder nachvollziehbare Indikatorensysteme fehlen weitgehend. Dadurch wird die Übertragbarkeit einzelner Massnahmen erschwert, insbesondere in Übergangssituationen, in denen Risiken, Nutzungen und Governance-Strukturen rasch wechseln können.

Partizipation wird in nahezu allen Leitlinien als zentraler Wert betont, in der Umsetzung allerdings höchst unterschiedlich konkretisiert. Während einige Institutionen klare Beteiligungsinstrumente entwickeln, etwa Co-Design-Workshops, partizipative Audits oder Mapping-Methoden, verbleiben andere bei allgemeinen Verweisen darauf. Die strukturierte Einbindung vulnerabler Gruppen, wie Jugendlicher, marginalisierter Bewohnerinnen oder informellen Nutzenden, ist bislang eher die Ausnahme. In zwischengenutzten Räumen, wo Nutzergruppen oft wechselnd sind, Zuständigkeiten diffus bleiben und institutionelle Stabilität fehlt, birgt diese Abhängigkeit von lokalem Projektengagement Risiken für eine sicherer und nachhaltige Verstetigung. Der Mangel an dauerhaft institutionalisierter Beteiligung wird gerade dort problematisch, wo Verantwortung, Aufsicht oder Pflege des Raums nicht nachhaltig geklärt sind.

Nur wenige Organisationen adressieren explizit die Bedingungen temporärer oder zwischengenutzter städtischer Räume. REFILL hat Zwischennutzung als Teil strategischer Stadtplanung neu gerahmt und liefert mit der URBACT Toolbox Werkzeuge zur partizipativen Steuerung und informellen Kontrolle. ZORA hat spezifische Instrumente für dynamisch genutzte Orte entwickelt, darunter partizipative Raum-Audits und Co-Design-Prozesse die vor allem auf Aspekte sozialer Kohäsion abzielen. Der Kanton Basel-Stadt repräsentiert den seltenen Fall, in dem Zwischennutzungen institutionell in Sicherheitsstandards eingebunden und interinstitutionell abgestimmt werden. Jedoch bleibt die Anbindung an übergeordnete Planungsinstrumente, Dokumentationsstandards und Langzeitstrategien auch in diesen Beispielen oftmals unklar. Die meisten Institutionen behandeln temporäre Räume als Ausnahme, Pilotprojekt oder Innovationsfeld, nicht aber als integralen Bestandteil urbaner Sicherheitsstrategien.

Trotz dieser Einschränkungen lassen sich klare Gemeinsamkeiten erkennen. Nahezu alle Akteure betonen die Bedeutung von Prävention und rufen zur Übernahme lokaler Verantwortung auf. Partizipative Werkzeuge und gemeinschaftsorientierte Ansätze werden mehrheitlich befürwortet – wenn auch in unterschiedlichem Ausmass umgesetzt. Einige Institutionen sehen in Zwischennutzungen ein Experimentierfeld für neue Formen der Sicherheitsgovernance, Gestaltung und des geteilten Managements im Stadtraum. Auch wenn belastbare Daten häufig

fehlen, lassen sich aus erfolgreichen Praxisbeispielen wichtige Einsichten gewinnen – etwa zu jugendgeleiteten Co-Design-Prozessen, informeller Aufsicht in aktivierten Räumen oder hybriden Planungsformen mit kommunaler Beteiligung.

Gleichzeitig bleiben strukturelle Defizite bestehen. Die untersuchten Netzwerke adressieren selten die besonderen Herausforderungen von Zwischennutzungen – etwa der Übergabe, der Auflösung oder des Wechsels von Nutzenden. Zuständigkeiten für Sicherheit sind oft fragmentiert zwischen Behörden, Eigentümerinnen und Nutzenden. Es fehlen Vorlagen für Rollenzuteilung oder Koordination. Rechtliche Grauzonen und mangelnde personelle Ressourcen erschweren die Übernahme bewährter Ansätze. Partizipation bleibt selektiv, Evaluationen selten und institutionelles Lernen ist kaum dokumentiert.

Zusammenfassend zeigt sich ein uneinheitliches und fragmentiertes Feld institutioneller Praxis. Die Akteure unterscheiden sich in ihren Sicherheitsbegriffen, Steuerungsmodellen und Umsetzungsinstrumenten. Einige erkennen die strategische Bedeutung zwischengenutzter Räume und die Notwendigkeit adaptiver, inklusiver und übertragbarer Verfahren diesbezüglich an. Die entstehende Wissensbasis bleibt jedoch stark normativ geprägt, unterlegt mit impliziten Annahmen über Sichtbarkeit, Inklusion, Legitimität und räumlicher Co-Produktion.

4. Synthese und Ausblick

Dieser Bericht hat untersucht, wie Institutionen auf globaler, nationaler und lokaler Ebene Sicherheit in zwischengenutzten Stadträumen definieren und gestalten. Ziel war es, zentrale Konzepte, Werkzeuge und Strategien im Umgang mit Sicherheit unter den Bedingungen temporärer Raumnutzung vergleichend darzustellen.

Die Analyse zeigt ein vielfältiges, aber fragmentiertes Feld institutionellen Praxiswissens. Das Verständnis von urbaner Sicherheit variiert erheblich – von technisch-überwachungsorientierten bis hin zu sozialraumbezogenen Ansätzen. Supranationale Organisationen wie UN-Habitat, EFUS oder die OSZE formulieren eher strategische Leitbilder, während nationale Netzwerke wie DEFUS oder FFSU anwendungsbezogene Werkzeuge wie Sicherheitsaudits entwickeln.

Zentrale Sicherheitsrisiken werden meist aus sozialer Perspektive adressiert – etwa Ausgrenzung, Nutzungskonflikte oder Vertrauensdefizite. Umwelt- und Infrastrukturrisiken bleiben randständig, ebenso wie technische Aspekte. Die Einbettung in Verwaltungsprozesse ist uneinheitlich; verbindliche Monitoring- oder Evaluationssysteme fehlen oft. Auch partizipative Verfahren sind zwar verbreitet gefordert, institutionell aber selten dauerhaft verankert.

Nur wenige Institutionen gehen explizit auf Zwischennutzungen ein. REFILL rahmt sie als Planungsinstrument, ZORA entwickelt spezifische Verfahren, und Basel-Stadt verweist in einer Sicherheitsstrategie auf flexible Koordination und quartiersbezogene Beteiligung. Insgesamt bleibt das Thema aber lediglich marginal adressiert.

Dennoch bestehen gemeinsame Tendenzen: Prävention, geteilte Verantwortung und partizipative Governance gelten als zentrale Prinzipien. Weiterhin werden zwischengenutzte Räume zunehmend als Lernfelder für neue Formen der Sicherheitssteuerung gesehen – etwa durch jugendgeleitete Prozesse oder nachbarschaftlich aktivierte Räume.

Dennoch bestehen Wissenslücken: Der Umgang mit Übergängen, die Rollenverteilung zwischen Verwaltung, Eigentum und Nutzung sowie rechtliche Unsicherheit bleiben offene Fragen. Beteiligung erfolgt selektiv, Evaluationen bleiben vereinzelt und Lernen zwischen Institutionen ist kaum dokumentiert.

Insgesamt zeigt sich ein fragmentiertes, aber ein lernfähiges Feld. Organisationen setzen unterschiedliche Sicherheitskonzepte um, angepasst an lokale Bedingungen, institutionelle Hintergründe und verfügbare Ressourcen. Einige erkennen den strategischen Wert von Zwischennutzungen und die Bedeutung adaptiver Verfahren. Die zugrundeliegenden Modelle beruhen dabei stets auf bestimmten Wertvorstellungen. Deshalb braucht es eine reflektierte Auseinandersetzung mit den institutionellen Rahmenbedingungen und ihren Auswirkungen auf Sicherheitspraktiken.

Die zentrale Herausforderung besteht darin, normative Prinzipien mit konkreter Umsetzung zu verbinden und die Lücke zwischen Pilotprojekten und dauerhafter Verankerung zu schliessen. Für eine verstetigte, reflexive Sicherheitsgestaltung braucht es jedoch klare Zuständigkeiten, realistische Ressourcen und belastbare Lernprozesse. Die hier gebündelten Erkenntnisse bieten eine erste Orientierung für Fachpersonen, die Sicherheit in instabilen räumlichen und institutionellen Kontexten gestalten. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten, realistische Ressourcen und belastbare Lernprozesse. Die hier gebündelten Erkenntnisse bieten eine erste Orientierung für Fachpersonen, die Sicherheit in instabilen räumlichen und institutionellen Kontexten gestalten.

5. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bosetti, N., & Colthorpe, T. (2018). *Meanwhile, in London: Making use of London's empty spaces*. Centre for London.
<https://www.centreforlondon.org/publication/meanwhile-use/>
- Bürgin, M. (2010). *Leitfaden Zwischennutzung: Entwicklung und Nutzung von Zwischennutzungen in der Schweiz*. Bundesamt für Umwelt (BAFU). <https://www.zwischennutzung.ch/zwischennutzung/de/leitfaden-10400.html>
- Bürgin, M. (n.d.). *Leitfaden Zwischennutzung*. Metis - Büro für praktische Klugheit.
<https://www.zwischennutzung.ch/zwischennutzung/de/leitfaden-10400.html>
- C40 Cities. (2020). *Tactical Urbanism: A Toolkit for Rapid, Low-Cost, and Scalable Neighbourhood Improvements*. C40 Cities Climate Leadership Group. <https://www.c40.org/what-we-do/handbooks/tactical-urbanism/>
- C40 Cities. (2021). *How to enable temporary use to activate your city*. C40 Knowledge Hub.
<https://www.c40knowledgehub.org/s/article/How-to-enable-temporary-use-to-activate-your-city>
- Crawford, A., et al. (2022). *The changing face of urban security – IcARUS project review*. European Forum for Urban Security (EFUS).
- DEFUS (2016). *DEFUS Monitor: Urban safety trends*. DEFUS. <https://www.defus.de/nano.cms/Sicherheitsaudit>
- Deutscher Präventionstag (2020). *Kommunale Präventionsräte: Strukturen, Aufgaben und Herausforderungen*. Deutscher Präventionstag. <https://www.praeventionstag.de/nano.cms/artikel/download/1265>
- Deutscher Präventionstag. (2021). *Inequalities and security in cities – EFUS manifesto stresses co-production and rights-based approach*. <https://www.praeventionstag.de/nano.cms/daily-prevention-news/details/2927#:~:text=inequalities%2C%20which%20remain%20too%20widespread,crime%20or%20even%20violent%20extremism>
- Dovey, K. (2014) *The Temporary City*, *Journal of Urban Design*, 19:2, 261-263, DOI: 10.1080/13574809.2013.853246
- EFUS (European Forum for Urban Security). (2021a). *Efus 2021 Manifesto: Security, democracy and cities – Co-producing urban security policies*. Retrieved from <https://efus.eu/about-us/efus-2025-manifesto-common-principles-and-recommendations-for-local-and-regional-authorities/>
- EFUS (2021b). *Police and citizens: The essential task of strengthening mutual trust*. Retrieved from <https://efus.eu/topics/public-spaces/police-and-citizens-the-essential-task-of-strengthening-mutual-trust/>
- EFUS. (2021c). *Public spaces: Safer and more inclusive*. Retrieved from <https://efus.eu/topics/public-spaces/public-spaces-safer-and-more-inclusive/>
- EFUS. (2021d). *Preventing discriminatory violence*. Retrieved from <https://efus.eu/topics/discriminatory-violence/>
- EFUS. (2021e). *Local authorities at the forefront of disaster management*. Retrieved from <https://efus.eu/topics/crisis-management/local-authorities-at-the-forefront-of-disaster-management/>
- Ferreri, M. (2021) *Temporary Urbanism. Normalising Precarity in Austerity London*. Amsterdam University Press.
- FFSU. (n.d.) *Forum Français Pour La Sécurité Urbaine* : <https://ffsu.org/>
- IcARUS. (n.d.-a). *Innovative approaches to urban security*. <https://www.icarus-innovation.eu>
- IcARUS. (n.d.-b). *Urban security repository*. <https://www.icarus-urbansecurityrepository.org>
- Kanton Basel-Stadt & EBP Schweiz AG. (2018). *Sicherheit öffentlicher Räume am Beispiel des Kantons Basel-Stadt: Erfolgsfaktoren, Trends und Handlungsoptionen*. Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt.
https://staedteverband.ch/cmsfiles/bericht_sicherheit_oeffentl_raeume_de_web.pdf
- Madanipour, A. (2018). *Temporary use of space: Urban processes between flexibility, opportunity and precarity*. *Urban Studies*, 5 (5), 1093-1110. DOI: 10.1177/0042098017705546
- NNSC-National Network for Safe Communities. (2016). *What works in reducing community violence: A meta-review and field study for the Northern Triangle*. Report commissioned by USAID. John Jay College of Criminal Justice.

- <https://nnscommunities.org/wp-content/uploads/2020/08/USAID-2016-What-Works-in-Reducing-Community-Violence-Final-Report.pdf>
- NNSC-National Network for Safe Communities. (2017). *Group Violence Intervention: An Implementation Guide*. John Jay College of Criminal Justice. https://nnscommunities.org/wp-content/uploads/2017/10/PM_Guide_final_web.pdf
- Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE). (2017). *Security Days: Inclusive and sustainable cities – Urban governance and the SDGs*. OSCE. <https://www.osce.org/files/f/documents/6/b/322091.pdf>
- Oswalt, P., Overmeyer, K., & Misselwitz, P. (Eds.). (2013). *Urban Catalyst: The Power of Temporary Use*. Berlin: DOM Publishers.
- SACN. (2024). *The State of Urban Safety in South Africa Report 2024*. South African Cities Network. <https://www.sacities.net/urban-safety-reports/>
- SACN. (n.d.). *Practice Guide: Building Political and Administrative Capacity to Respond Collaboratively to Community Safety in South African Cities*. South African Cities Network. <https://www.sacities.net/urban-safety-reports/>
- Schweizerischer Städteverband. (2024). *Bericht zur Sicherheit öffentlicher Räume: The role of temporary urbanism in crime prevention*. Schweizerischer Städteverband.
- Schweizerischer Städteverband, & EBP. (2013). *Sichere Schweizer Städte 2025: Gefährdungen, Strategien, Handlungsoptionen*. Zürich: EBP Schweiz AG. https://staedteverband.ch/cmsfiles/schlussbericht_sss2025.pdf
- Tonkiss, F. (2013). *Austerity urbanism and the makeshift city*. LSE Cities. Retrieved from <https://www.lse.ac.uk/>
- UN-Habitat. (n.d.). *Safer cities: A safer and just city for all*. UN-Habitat. Retrieved from <https://unhabitat.org/sites/default/files/download-manager-files/Safer%20Cities%20A%20safer%20and%20just%20city%20for%20all.pdf>
- UN-Habitat. (2007). *Global report on human settlements: Enhancing urban safety and security*. UN-Habitat.
- UN-Habitat. (2019). *Safer Cities Programme: Urban safety and crime prevention strategies for sustainable development*. UN-Habitat. Retrieved from <https://unhabitat.org/>
- UN-Habitat. (2019). *United Nations system-wide guidelines on safer cities and human settlements*. UN-Habitat. Retrieved from https://unhabitat.org/sites/default/files/2020/03/un_systemwide_guidelines_on_safer_cities_and_human_settlements.pdf
- United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC). (2023). *Introductory handbook on policing urban space: Strengthening law enforcement in transitional spaces*. UNODC.
- URBACT. (n.d.). *URBACT toolbox*. Retrieved from <https://urbact.eu/toolbox-home>
- URBACT. (2018). *REFILL – Reuse of vacant spaces as a driving force for innovation at the local level*. Retrieved from <https://urbact.eu/networks/refill>
- ZORA. (2007). *Open space: An asset without a champion?* Zürich: Zentrum öffentlicher Raum. Retrieved from https://zora-cep.ch/cmsfiles/open_space_an_asset_without_a_champion.pdf
- ZORA. (2008). *Participation de la population dans l'utilisation et l'aménagement de l'espace public* [Brochure]. Zürich: Zentrum öffentlicher Raum. Retrieved from https://zora-cep.ch/cmsfiles/zora_broschuere_participation_fr.pdf
- ZORA. (2009). *Spaceshaper: A user's guide*. Zürich: Zentrum öffentlicher Raum. Retrieved from https://zora-cep.ch/cmsfiles/spaceshaper-a-users-guide_1.pdf